



Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-10977
Fax +49 30 18 681- 55038

bearbeitet von:

IFG@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

**Informationsfreiheit – Staatsdiener -und bedienstete und Arbeitsschutz
während SARS-CoV-2 Pandemie [#217199]**

Ihr Antrag vom 01. April 2021

ZII4-13002/4#2959

Berlin, 19. April 2021

Seite 1 von 3

Seh

mit E-Mail vom 1. April 2021 haben Sie eine Anzahl von Fragen zum Arbeitsschutz für Polizisten und Einsatzkräfte im Zusammenhang mit der aktuellen SARS- CoV-2- Gefährdungslage gestellt und um Übersendung von Unterlagen und Erläuterungen gebeten.

Die zur Gewährleistung der Sicherheit von Einsatzkräften erforderlichen Regelungen, insbesondere mit Blick auf die im Einsatz einzuhaltenden Hygienemaßnahmen, werden im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) nicht erstellt. Die Fürsorge während polizeilicher Einsätze, mithin auch alle Belange der Sicherheit der Kräfte, obliegen dem Polizeiführer, i.d.R. also dem Behörden- oder Dienststellenleiter.

Sofern allgemeinverbindliche Regelungen (ggf. mit Blick auf Fahrten in Kraftfahrzeugen, Verhalten in Umkleideräumen, pp.) für die gesamte Bundespolizei zu treffen sind, erfolgt dies generell durch das Bundespolizeipräsidium. Ich bitte Sie daher, sich ggf. an diese Behörde (https://www.bundespolizei.de/Web/DE/05Die-Bundespolizei/03Organisation/01Praesidium/Praesidium_node.html) zu wenden.

Zum Erscheinungsbild von Beamtinnen und Beamten befindet sich derzeit ein Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren. Der Gesetzentwurf kann der Internetseite des Bundesministeriums

des Innern, für Bau und Heimat, entnommen werden (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/kabinettsfassung/gesetz-zur-regelung-des-erscheinungsbildes-von-beamtinnen-und-beamten.html>). Gemäß § 61 Absatz 2 Satz 1 BBG dieses Gesetzentwurfs haben Beamtinnen und Beamte bei Ausübung des Dienstes oder bei einer Tätigkeit mit unmittelbarem Dienstbezug auch hinsichtlich ihres Erscheinungsbilds Rücksicht auf das ihrem Amt entgegengebrachte Vertrauen zu nehmen. Gemäß § 61 Absatz 2 Satz 2 BBG des Gesetzentwurfs kann unter anderem die Art der Haar- und Barttracht von der obersten Dienstbehörde eingeschränkt oder untersagt werden, soweit die Funktionsfähigkeit der Verwaltung oder die Pflicht zum achtungs- und vertrauenswürdigen Verhalten dies erfordert.

Die Haar- und Barttracht der Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei wird durch die Polizeidienstvorschrift (PDV) 014 „Bestimmungen zum Erscheinungsbild und für das Tragen der Dienstkleidung in der Bundespolizei“ geregelt. Diese Vorschrift ist - wie zahlreiche andere Vorschriften auch - als „Nur für den Dienstgebrauch“ klassifiziert. Von daher darf ich Ihnen diese nicht in Gänze übersenden, sondern füge Ihnen auszugsweise den das Erscheinungsbild betreffenden Abschnitt (Nr. 1.3) bei.

Verstöße gegen die Bestimmungen der PDV 014 können eine Verletzung der Dienstpflichten (siehe hierzu Abschnitt 6.1 des Bundesbeamtengesetzes) darstellen und auf der Grundlage des Bundesdisziplingesetzes geahndet werden.

Eine Durchsetzung einer Gesichtsrasur findet nicht statt.

Gefährdungsbeurteilungen für Arbeitsplätze der Bundespolizei liegen hier nicht vor, auch da das BMI nicht der eine solche Beurteilung ggf. veranlassende Arbeitgeber für die Einsatzkräfte ist.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass nach der „Verordnung über die modifizierte Anwendung von Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) für bestimmte Tätigkeiten im öffentlichen Dienst des Bundes im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI-ArbSchGAnwV)“ in der Bundespolizei ganz oder zum Teil von Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes abgewichen werden darf (§ 20 Abs. 2 ArbSchG i.V.m. § 4 BMI-ArbSchGAnwV).

Ob und inwieweit von dieser Ausnahmegvorschrift Gebrauch gemacht wird, darüber können allerdings nur die Organisationen vor Ort Auskunft geben. Insoweit müssen Sie sich in dieser Frage an die jeweilige Bundespolizeibehörde oder -dienststelle (https://www.bundespolizei.de/SiteGlobals/Forms/Websites/Web/Suche/DE/Standortsuche/standortsuche_start_Formular_Solr.html?nn=5931714) wenden.

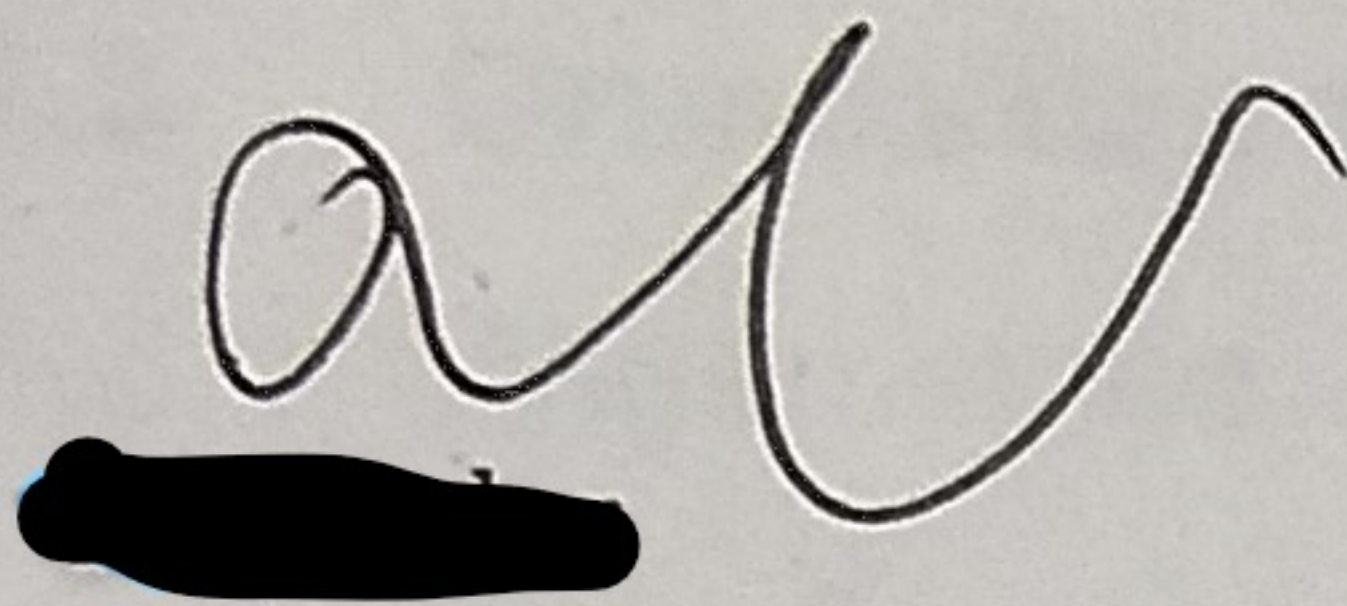
Angaben zur generellen Krankenstatistik der Bundespolizei finden Sie in zahlreichen parlamentarischen Dokumentationen, die Sie im Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge des Deutschen Bundestages einsehen und abrufen können (z.B. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/271/1927145.pdf>).

Mit Stand 16. April 2021 haben sich seit März letzten Jahres insgesamt 2.326 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundespolizei mit Coronaviren infiziert. Weitere Einzelheiten, insbesondere daraus resultierende Erkrankungen oder Ausfallzeiten, sind nicht dokumentiert. Die Arbeitsfähigkeit der Bundespolizei war zu keiner Zeit beeinträchtigt.

Ergänzend weise ich darauf hin, dass das IFG keinen Anspruch auf Erteilung von Auskünften, etwa auf Beantwortung von Sach- oder Fachfragen oder Fragen, welche auf eine Bewertung der vorhandenen amtlichen Informationen zielt, begründet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'a' followed by a long, sweeping horizontal stroke that ends in a small upward flick. Below the signature is a solid black rectangular redaction mark.

Hinweis zum Datenschutz

Bei der Bearbeitung wurden bzw. werden von Ihnen personenbezogene Daten verarbeitet.

Welche Daten zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage verarbeitet werden, ist abhängig von Ihrem Anliegen und den konkreten Umständen. Weitere Informationen hierzu und über Ihre Betroffenenrechte finden Sie unter https://www.bmi.bund.de/DE/service/datenschutz/datenschutz_node.html auf der Internetseite des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat.

Anlagen

-1-

Einheitliche Regelungen zum Erscheinungsbild tangieren das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gemäß Art. 2 Abs. 1 GG und dürfen daher nur durch die obersten Bundes- oder Landesbehörden aufgrund eines Gesetzes erlassen werden, das den Kompetenzvorschriften des Grundgesetzes entspricht.

Abweichende Regelungen durch Unterbehörden oder Dienststellen der Bundespolizei sind unzulässig.

Die Bereitstellung der Dienstkleidung und der Ausrüstung ist in § 70 Abs. 1 BBesG i. V. m. der „Verwaltungsvorschrift über die Dienstkleidung der Polizeivollzugsbeamten in der Bundespolizei“ geregelt (siehe Nr. 1.4).

1.3 Grundsätze zum Erscheinungsbild

1.3.1 Allgemeines

Das Tragen der Dienstkleidung bezweckt ein einheitliches Erscheinungsbild, das den polizeilichen Auftrag der Gewährleistung der inneren Sicherheit überzeugend verkörpert.

Die Einhaltung dieser Vorschrift als Grundlage des uniformierten Erscheinungsbildes ist daher eine gemeinsame Verpflichtung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Tragen der Dienstkleidung bedeutet jedoch nicht die Aufgabe jeglicher Individualität.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verbleiben im Rahmen dieser Vorschrift Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume, und zwar sowohl im Hinblick auf die Dienstkleidung wie auch auf ihr sonstiges äußeres Erscheinungsbild.

1.3.2 Gepflegtes Äußeres

Ein sauberes und gepflegtes Erscheinungsbild bei der Berufsausübung entspricht dem grundlegenden Selbstverständnis aller Angehörigen der Bundespolizei.

Der Dienst in Dienstkleidung ist nicht geeignet, durch übertriebene und auffällige Äußerlichkeiten oder Accessoires persönliche, politische oder andere (Lebens-)Einstellungen aufmerksamkeitswirksam zur Schau zu stellen. Kosmetika, insbesondere Make-up und Nagellack, sind deshalb dezent zu verwenden. Die Gestaltung von Fingernägeln muss darüber hinaus einer uneingeschränkten Handhabung und Bedienung der Führungs- und Einsatzmittel Rechnung tragen.

1.3.3 Haar- und Barttracht

Die Haare sind so zu tragen, wie es unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Anschauung als korrekt und seriös anzusehen ist. Besondere modische Auffälligkeiten, insbesondere übertriebene Länge, Gestaltung oder Farbgebung, sind unzulässig, sofern davon auszugehen ist, dass die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deswegen von weiten Kreisen der Bevölkerung ausgegrenzt werden oder ihnen Vorbehalte der Art begegnen, die erwarten lassen, dass sie bei der Amtsausübung nicht ernst genommen oder ihnen das erforderliche Vertrauen dafür nicht entgegengebracht wird.

Länge oder Fülle der Haare dürfen den Sitz der Kopfbedeckung nicht beeinträchtigen.

Bärte werden in einer angemessenen Länge und gepflegt getragen.

Haare und Bärte sind so zu tragen, dass sie die Benutzung von Führungs- und Einsatzmitteln, z. B. der Atemschutzmaske, nicht beeinträchtigen.

1.3.4 Tätowierungen

Beim Tragen der Dienstkleidung – ausgenommen beim Dienstsport – dürfen Tätowierungen, Brandings, Mehndis (Henna-Tattoos) und Ähnliches nicht sichtbar sein.

Sofern sie durch die getragene Dienstkleidung nicht vollständig verdeckt werden, sind sie in geeigneter und dezenter Weise abzudecken.

Entsprechende Darstellungen – auch an durch Kleidung abgedeckten Körperstellen – dürfen nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen sowie keine diskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder sonstigen gesetzlich verbotenen Motive enthalten oder nach dem Erscheinungsbild und der inhaltlichen Aussage im Einzelfall einen achtungs- und vertrauensunwürdigen Eindruck erwecken.

1.3.5 Tragen von Schmuck

Gegen das Tragen von Schmuck, einschließlich Piercings, zur Dienstkleidung ist nichts einzuwenden, wenn dieser dezent und unauffällig wirkt, dem jeweiligen Auftrag angemessen ist und damit nicht zu einer erhöhten Fremdgefährdung führt.

Grundsätzlich unbedenklich ist das Tragen eines Ohrsteckers oder Ohrings je Ohr, eines Fingerrings, eines Armbandes oder einer Armkette, einer Halskette und einer Armbanduhr, soweit sie keine hervorstechenden Teile aufweisen und von ihnen nach allgemeiner Lebenserfahrung keine erhöhte Fremdgefährdung ausgeht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entscheiden in diesem Rahmen über die mit dem Tragen von Schmuck, einschließlich Piercings, verbundene Unfallgefahr in eigener Verantwortung.

Um das Verletzungsrisiko zu reduzieren, sollte beim Tragen der Dienstkleidung auf das Tragen von nicht sichtbarem Körperschmuck verzichtet werden.

Unter ballistischen Schutzwesten darf kein Schmuck, einschließlich Piercings, getragen werden (zu den Sicherheitsbestimmungen siehe auch Nr. 3.9.1).

1.3.6 Accessoires

Das Tragen von Accessoires ist zulässig, wenn diese in ihrer Gesamtheit das äußere Erscheinungsbild nicht negativ beeinträchtigen. Einzelheiten sind Anlage 11 zu entnehmen.

1.4 Gestaltung und Bereitstellung der Dienstkleidung

Bei der Gestaltung und Bereitstellung der Dienstkleidung werden insbesondere die Aspekte Sicherheit, Funktionalität, Tragekomfort, Akzeptanz und Design auf der Grundlage dienstlicher Erfordernisse berücksichtigt.

Als Dienstkleidung dürfen nur die vom BMI oder BPOLP eingeführten oder zugelassenen Artikel, Abzeichen und Kennzeichen (Nr. 4) getragen werden. Über Ausnahmen entscheidet das BPOLP auf der Grundlage eines schriftlichen Antrags und nach Zustimmung durch das BMI.

Dienstkleidung sowie die persönliche Ausrüstung werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt (§ 70 Abs. 1 BBesG) und bleiben im Bundeseigentum. Für VB erfolgt die Bereitstellung zeitlich befristet für die Dauer von Einsätzen oder Übungen, die sie verwaltungsmäßig betreuen.

Davon ausgenommen ist Dienstkleidung, die gemäß der „Verwaltungsvorschrift über die Dienstkleidung der Polizeivollzugsbeamten in der Bundespolizei“ bis zum 30. November 2015 selbst beschafft wurde.

Im Rahmen von Erprobungen ausgegebene Artikel sind nach Beendigung der Erprobung grundsätzlich zurückzugeben.

1.5 Ausstattungssoll, Artikelstruktur

Die zur Dienstkleidung und persönlichen Ausrüstung zählenden Artikel sowie das funktionsbezogene Ausstattungssoll sind in der Ausstattungsnachweisung für die Bundespolizei und die Bereitschaftspolizeien der Länder VS-NfD (AN VS-NfD) festgelegt.